

# **Haushaltsrede 2010**

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion  
in der Landschaftsversammlung Rheinland

***Jürgen Rolle***

am 18. Juni 2010

in Köln

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrter Herr LVR-Direktor,  
sehr geehrter Herr Dr. Kirsch aus Westfalen,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Verantwortung übernehmen bedeutet, verantwortlich zu handeln. Verantwortliches Handeln setzt Vernunft, Überblick und Weitsicht voraus.

Gut, dass die Fraktionen der Gestaltungsmehrheit auch für die laufende Periode die Verantwortung übernommen haben! ... und dafür, dass uns das gelungen ist, bedanke ich mich ausdrücklich bei den Fraktionsvorsitzenden Corinna Beck, Stefan Peil von Bündnis 90/Die Grünen, Bernd Paßmann von der FDP sowie den Fraktionsgeschäftsführern unserer Koalitionspartner Ralf Klemm, Hans-Otto Runkler und – natürlich – "meinem Fraktionsbüro Thomas Böll und Leila Soumani.

Lassen Sie mich hier auf einige Punkte des Haushaltes eingehen und zunächst zum Stellenplan sprechen:

Der Stellenplan lässt die Handschrift der Gestaltungsmehrheit erkennen.

Ein zentraler Punkt der aktuellen Wahlperiode ist für uns das Thema Inklusion.

Folgerichtig haben wir im Stellenplan hierfür 25 Stellen vorgesehen.

Es freut uns, dass diese Stellen bereits im November 2009 im LA einstimmig, im Vorgriff auf den Stellenplan 2010, beschlossen worden sind und nun umgesetzt wird.

Fortsetzen werden wir auch das erfolgreiche JSB-Programm. Das Programm eröffnet die Möglichkeit, junge schwerbehinderte Arbeitslose in maximal 2 Jahren in einem Arbeitsverhältnis zu erproben.

Ziel ist es, sie entweder anschließend in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis oder eine Ausbildung zu übernehmen.

Bereits fast 40 Menschen konnten über dieses Programm eingegliedert werden!

Und meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle sage ich ausdrücklich: Gerade weil die Mitgliedskörperschaften solche Programme nicht (mehr) fahren können und dürfen, müssen wir daran festhalten. Wer, wenn nicht wir, muss hier Flagge zeigen?

Und das bei einem über Jahre stabil gehaltenen Personalkostenbudget! Ein Budget, das die Tarifabschlüsse abdecken musste, das zusätzlich eingerichtete Stellen wegen neuer Aufgaben mitfinanzieren musste.

Wir werden auch die Ausbildungs- und Qualifizierungsquote weiter beibehalten.

2007 haben wir als Selbstverpflichtung eine Ausbildungsquote von 7% und eine Qualifizierungsquote von 3% beschlossen.

Von Beginn an haben wir diese Quote erfüllt, ja übertroffen.

Es sind weit über 1.100 junge Menschen, die beim LVR ausgebildet werden. Angesichts der bekannten demografischen Entwicklung eine vernünftige und weitsichtige Entscheidung.

In den Jahren 2017 bis 2027 werden ca. ein Drittel der derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausscheiden.

Um auch in der Zukunft dem Anspruch „Qualität für Menschen“ gerecht zu werden, war und ist es richtig, jetzt verstärkt auszubilden. Das werden wir fortsetzen!

Meine Damen und Herren - Sie alle wissen es:

Der Aufgabenschwerpunkt des Landschaftsverbandes Rheinland sind die Leistungen für Menschen mit Behinderung. Fast 90 % des Gesamtaufwandes des LVR-Haushaltes für das Jahr 2010 sind Ausgaben zur Erfüllung sozialer Leistungen; mehr als 1,9 Mrd. Euro sind Aufwendungen für Menschen mit Behinderung. Aber ich möchte nicht nur von Zahlen reden, mir geht es um die Menschen, die diese

Leistungen benötigen, um am Leben in unserer Gesellschaft, in der Gemeinschaft teilnehmen zu können.

Und die einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen haben. Weit über 45.000 Menschen im Rheinland erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen, über 30.000 arbeiten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Hier haben wir eine große Verantwortung, und diese nehmen wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit unseren Partnern in der Gestaltungsmehrheit ernst und wahr. Schon in den letzten Jahren war Leitlinie unserer fachlichen Arbeit

- mehr Autonomie für Betroffene,
- ambulant vor stationär,
- Kostendämpfung, wo dies möglich ist.

Hier haben wir mit einer Reihe von uns angeregter Programme in den letzten Jahren viel erreicht. Über die Hälfte der Hilfeempfänger leben heute nicht mehr in stationären Wohneinrichtungen, sondern selbstständig, mit einem eigenen Mietvertrag in einer eigenen Wohnung und bestimmen damit ihren Lebensalltag selbst.

Dies war noch vor wenigen Jahren für viele von uns fast unvorstellbar. Das bedeutet aber auch, dass wir im Rheinland in Sachen „Inklusion“ schon einiges erreicht haben.

Wir stehen nicht mehr am Anfang des Weges, sondern haben schon wichtige, große Schritte gemacht.

Und dennoch liegt noch ein weiter Weg vor uns:

Inklusion heißt nämlich: Alle Menschen haben das volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse. Dies bedeutet auch, dass jeder Mensch gleichermaßen, mit oder ohne Behinderung von Beginn an gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft ist; das bedeutet nicht nur selbstbestimmtes Leben, sondern die Möglichkeit einer unabhängigen Lebensführung.

Wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass die notwendige Unterstützungsleistung dort zur Verfügung steht, wo der betroffene Mensch lebt, wo er wohnt, wo er arbeitet bzw. arbeiten möchte.

Zum Gelingen einer inklusiven Sozialraumgestaltung in den Regionen des Rheinlandes wird die stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedskörperschaften und den regionalen Akteuren beitragen.

Insoweit freuen wir uns als SPD-Fraktion, dass die Verwaltung den gesetzlichen Auftrag zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit den kreisfreien Städten und Kreisen ernst nimmt und konkrete Vereinbarungen zur gemeinsamen sozialräumlichen Planung und Vernetzung der regionalen Angebote trifft.

Denn für uns ist wichtig, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen – Wohnen, Arbeit, Freizeit – die notwendigen Unterstützungsleistungen an ihren Wohnorten im Rheinland erhalten, unabhängig von der Haushaltslage vor Ort.

Was heißt dies für den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland?

Gerade im Bereich der Eingliederungshilfen haben wir in den zurückliegenden Jahren gesehen, dass Unterstützungsleistungen, die gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen, gleichzeitig zu einer Kostendämpfung beitragen können.

So ist es in den zurückliegenden Jahren durch eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ gelungen, die durchschnittlichen Kosten pro Leistungsberechtigten im Bereich Wohnen zu reduzieren!

Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Dämpfung des Kostenanstiegs pro Hilfefall geleistet. Diese „Erfolgsgeschichte“ im Bereich der Wohnhilfen zeigt, dass eine strukturelle und qualitative Weiterentwicklung der Leistungen der Eingliederungshilfen zum Wohnen und zur Beschäftigung in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Akteuren kostensparend wirken bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebenssituation der Menschen mit Behinderung. Ein hervorragendes Ergebnis für alle Beteiligten!

Und es macht zugleich deutlich, dass nur die von uns angeregten und unterstützten ursprünglich freiwilligen Initiativen des LVR zum ambulanten Wohnen hier dieses Ergebnis zeitigen konnten. Inzwischen hat bekannterweise auch der Gesetzgeber eingesehen, dass sowohl der eingeschlagene Weg als auch die Ebene der Aufgabenerledigung richtig ist!

Weitsichtig auch der frühzeitige Beschluss der SPD-Fraktion, das Thema Inklusion zum Schwerpunkt für die laufende Periode zu definieren.

Vernünftig die Forderung und Einrichtung einer Kommission Inklusion und optimal besetzt mit der Vorsitzenden Dorothee Daun als ausgewiesene Sozialexpertin mit umfassendem Überblick in Sachen Behindertenpolitik und Inklusion.

Zentrales Anliegen der Behindertenrechtskonvention in der Bildung ist die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem.

Während die Integration eine Anpassungsleistung vom behinderten Kind verlangt, bevor dieses in das allgemeine System integriert werden kann, nimmt die Inklusion nicht das Kind, sondern das System selbst in den Blick und fordert von ihm die Anpassungsleistung.

Eine allgemeine inklusive Schule zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Individualität ihrer Schülerinnen und Schüler respektiert und sie als Vielfalt und Bereicherung anerkennt.

Primäres Ziel der Gestaltungsmehrheit ist es, auf der Basis der Behindertenrechtskonvention den Aufbau eines inklusiven Schulsystems zu unterstützen.

Zur Zeit gibt es drei verschiedene Möglichkeiten, den gemeinsamen Unterricht zu fördern:

- den Gerätepool für behinderungsspezifische Hilfsmittel, der seinerzeit vorausschauend auf Initiative der SPD quasi als erster "Inklusionsfördermitteltopf" eingerichtet wurde,
- den Finanzpool zur Vermeidung von Internatsunterbringungen und
- das Anreizprogramm mit generellen Fördermöglichkeiten. Das Anreizprogramm ist auf Initiative der SPD-Fraktion und aufgrund eines Antrags der Gestaltungsmehrheit aus 2009 von der Verwaltung entwickelt worden.

Mit dieser "Integrationspauschale" des LVR werden die bisher eingeschränkten Fördermöglichkeiten geöffnet, um auch komplexere Förderbedürfnisse zu gewähren und im Sinne der UN-Konvention die inklusive Beschulung auszuweiten.

Auch die Förderungen im Rahmen des Geräte- und Finanzpools sowie des Anreizprogramms als Integrations- (besser: Inklusions-)pauschale stellen einen freiwilligen finanziellen Beitrag des LVR zu Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinen Schulen im Rheinland dar.

Wichtig ist, dass dies nur der Beginn einer Neuausrichtung der Schulfinanzierung insgesamt sein kann.

Um eine kontinuierliche Neuausrichtung des allgemeinen Schulsystems/Förderschulsystems zu erreichen, sollte sich mittelfristig ein am geänderten Gesamtsystem ausgerichtetes Finanzsystem entwickeln.

Sicher ist, es wird eine Veränderung der Schullandschaft geben müssen. Diese wird auch Auswirkungen auf die Förderschulen des Landschaftsverbandes Rheinland haben. Der LVR als großer Schulträger von Förderschulen hat sich auf den Weg gemacht, die Inklusionsbestrebungen nach der UN-Konvention im Rahmen der Möglichkeiten und seiner Zuständigkeiten zu fördern!

Hierbei sind auch die Kompetenzen der allgemeinen Schulen zu stärken. Die Erweiterung des Angebots sonderpädagogischer Förderung in einer zunehmend inklusiven, allgemeinen Schule ist eine komplexe und kontinuierliche Aufgabe.

Die Akzeptanz von Anderssein und Verschiedenheit sowie der Umgang mit Vielfalt, d.h., das Einbeziehen aller Menschen in die schulische Gemeinschaft, sind gesellschaftliche Verpflichtung und Aufgabe.

Auch für die Schulen des Landschaftsverbandes Rheinland bedeutet es, sich auf einen Veränderungsprozess einzustellen.

Die SPD-Fraktion sieht die schulische Inklusion

- als Chance für alle Schulen in einer qualitativen Schulentwicklung,
- als Chance für die LVR-Schulen, sich selbst zukunftsfähig zu machen und mit ihrem Know-How und den Fähigkeiten ihrer Lehrkräfte im Zentrum der Inklusionsdebatte zu wirken,
- als Chance für den LVR, neue Prozesse zu steuern und
- als Chance für die Kommunen, Folgekosten wegen unzureichender Bildung zu vermeiden.

Ich bin sicher, an der bei den Landschaftsverbänden vorhandenen Kompetenz kommt das Land nicht vorbei.

Die Inklusion im Schulbereich kann wirklich gut nur in Federführung der Landschaftsverbände sichergestellt werden.

Und auch deshalb war es wichtig, den Stellenwert dieser Aufgabe durch Konzentration darauf in der Verwaltungsspitze darzustellen.

Mit dem von uns angeregten Modellprojekt "Integration behinderter Kinder unter drei Jahren" setzt auch das Landesjugendamt seine Inklusionsbemühungen fort und setzt dort an, wo alle Inklusion beginnen muss, nämlich von "Anfang an".

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In einer Woche werden die Ergebnisse der sog. "Heimkinderstudie" vorgestellt. Mit dieser – seinerzeit vom Landesjugendhilfeausschuss angeregten - Studie stellt sich der LVR seiner Verantwortung, auch für die Ereignisse, die aus heutiger Sicht erschütternd sind.

Und ebenso werden wir uns weiterhin dem Programm "Erinnerungsorte/Internationale Begegnungen" widmen.

Denn genau dies muss die Aufgabe des Landesjugendamtes sein: stellvertretend für die kommunalen Mitgliedskörperschaften und gemeinsam mit ihnen Jugendlichen aus dem Rheinland zu ermöglichen, mit Jugendlichen aus den Ländern/-Städten zusammenzutreffen, in denen der Nazi-Wahn verheerende Spuren hinterlassen hat. Denn nur so kann Versöhnungsarbeit dafür sorgen, dass diese Verbrechen nie wieder passieren.

Gestartet wurde diese Erinnerungsarbeit mit dem Projekt "Rosen für Lidice", welches bundesweit für Aufsehen sorgte. Gefördert werden alle diese Projekte mit erheblichen Landes-/Bundesmitteln.

Der von der CDU-Fraktion vorgelegte Antrag mit dem Ziel, "Erinnerungsarbeit" zu beschränken, ist weder fachlich, fiskalisch, höchstens populistisch nachzuvollziehen. Genauso wie die letztlich durch die CDU erfolgte Ablehnung des Projektes "Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern".

Obwohl diese sog. "freiwillige Leistung" des LVR zu erheblichen Einsparungen in den Kommunen führen wird und im Landesjugendhilfeausschuss einstimmig (= mit den CDU-Stimmen) beschlossen wurde, wurde es nachfolgend von der CDU abgelehnt; begründet im Landschaftsausschuss mit der Formulierung: Das wäre eben der Unterschied zwischen den Fachpolitikern (Landesjugendhilfeausschuss) und den Finanzpolitikern.

... und damit, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich bei einem besonderen Kapitel dieser Haushaltsberatungen angelangt, den diesjährigen CDU-Anträgen zum Haushalt.

Auf einen Nenner:

- kurzfristigst eingebracht, so dass eine Beratung in den Fachausschüssen nicht möglich war, d.h. auch
- gedacht ausschließlich als populistischer Schnellschuss, sozusagen für die "Kommunale Galerie",
- ergänzt durch ein durchgehend widersprüchliches Abstimmungsverhalten zu einzelnen Vorlagen im Laufe der Haushaltsberatungen – wie eben schon erwähnt.

... und dann auch noch gekrönt durch eine reißerische Pressemeldung zur heutigen Landschaftsversammlung .

Dazu drei kurze Anmerkungen:

1. Das von Ihnen kritisierte "Europa-Büro" des LVR wurde in der Fachkommission "übereinstimmend" unterstützt – mit Stimme Ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (sollten Sie untereinander klären).
2. Das Kompetenzteam "Inklusion" wurde gemeinsam mit Ihnen beschlossen, die 25 Stellen speisen sich – wie Sie wissen – zum weitaus größten Teil aus bereits vorhandenem "internen" Personal und
3. zum Thema "Vetternwirtschaft", tja: wer kennt sich im LVR mit diesem Thema besser aus, als die CDU-Fraktion!

Eigentlich schade, dass so viel gutes Potenzial der CDU-Fraktion so unglücklich eingesetzt wird. Aber – ich denke – eine Problemlösung ist in Sicht.

Sie ist m.E. versteckt im Antrag 13/48 der CDU-Fraktion mit dem Beschlussvorschlag: "Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, welches einen permanenten Innovationsprozess innerhalb der Verwaltung sicherstellt."

Der letzte Absatz dieses Antrages lautet:

"Effizienzreserven und Innovationsfelder beim Landschaftsverband Rheinland sind sicherlich vorhanden.

Sie können nur gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entdeckt werden. Es ist Aufgabe der Verwaltungsleitung, diese Potenziale möglichst umfassend auszuschöpfen."

Wenn Sie, liebe Kolleginnen/Kollegen in diesem Absatz "Landschaftsverband Rheinland" durch "CDU-Fraktion" und "Verwaltungsleitung" durch "CDU-Fraktionsführung" ersetzen, werden wir – so ist zu hoffen – im nächsten Jahr ein solch undemokratisches und chaotisches Verhalten nicht mehr erleben.

Abschließend zum Bereich Jugend einen herzlichen Dank an Herrn Landesrat Elzer, der seit Herbst diese neue Aufgabe feinfühlig angegangen ist und mit Kompetenz meistert!

Kompetenz ist auch das Markenzeichen unserer Kultur-dezernentin Milena Karabaic und damit die Grundlage der Arbeit des Kulturdezernates. Weniger auch hier die der CDU-Anträge.

Die z.B. dort geforderte "*Übernahme von Betriebskosten für die Netzwerkprojekte auszuschließen*" kann gleichgesetzt werden mit "*Netzwerkprojekte beenden*".

Und genau das wäre töricht! Es gibt wohl kaum eine bessere Reklame für den LVR bei den Kommunen.

Eines der besten Beispiele hierfür ist Vogelsang:

Der LVR, Mitgliedskörperschaften des LVR, deren Mitgliedskörperschaften sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft verständigen sich auf ein gemeinsames Projekt und finanzieren es auch gemeinsam.

Interkommunale Zusammenarbeit, die vom Land dann hoffentlich auch mit der Finanzierung des notwendigen Invests belohnt werden wird.

Richtig ist sicherlich, dass wir in Anbetracht der aktuellen und zu erwartenden Haushaltslage sehr sorgfältig werden überlegen müssen, welche Prioritäten wir setzen wollen und werden.

Verantwortung hat die SPD-Fraktion auch im Gesundheitsbereich übernommen.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der LVR-Kliniken haben wir in der vergangenen Legislaturperiode wesentliche Veränderungen zur Neustrukturierung und Reorganisation beschlossen. Dies ständig in dem Bewusstsein, dass die Zukunft der LVR-Kliniken primär durch die Qualität der Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den LVR-Kliniken leisten, bestimmt wird.

Denn: Psychiatrie lebt von Beziehung, basiert auf Begegnung; Beziehungsgestaltung als Voraussetzung therapeutischer und pflegerischer Arbeit kann nur durch Menschen geschehen.

Qualität in der psychiatrischen Behandlung ist abhängig von einer angemessenen Personalausstattung, von qualifiziertem und motiviertem Personal, das selbstverständlich angemessen, d.h. tarifgerecht vergütet wird.

Insofern war es konsequent und leider notwendig, den gesetzlichen Anspruch auf die Erfüllung von 90 % der PsychPV im Budgetjahr 2009 vor der Schiedsstelle KHG-Rheinland gegen die Krankenkassen durchzusetzen.

Der hart erstrittene Erfolg wird in diesem und zum Teil im nächsten Jahr nachvollzogen und führt dazu, dass in den LVR-Kliniken eine große Anzahl von PsychPV-Personal eingestellt werden kann.

Diese deutliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl stellt einen ganz bedeutenden Baustein zur Zukunftssicherung unserer LVR-Kliniken dar. Und an der Stelle war es aus Sicht der Gestaltungsmehrheit dann auch an der Zeit, dafür zu sorgen, dass die vielen befristeten Arbeitsverträge entfristet werden, also bereits vorhandenes Personal endlich ordentliche Arbeitsverträge auf neuen Stellen erhält.

Das ist aus unserer Sicht nur fair, erhöht die Zufriedenheit des Personals, schafft Bindung und steigert somit auch die Qualität der Betreuung!

Die Zukunftsfähigkeit unserer Kliniken hängt aktuell von weiteren wichtigen Weichenstellungen ab:

Notwendig ist

- die Vorbereitung auf das 2013 budgetneutral einzuführende neue Entgelt-system;
- eine weitere Ausdifferenzierung bedürfnisorientierter Angebotsgestaltung;
- eine wohnortnahe, maximal niedrighschwellige Behandlungsorganisation, ich denke z.B. an den Ausbau ambulanter Komplexleistungen;
- und selbstverständlich muss der augenfällig enorme Investitionsbedarf unserer LVR-Kliniken durch ein kluges, d. h. vor allem hinsichtlich seiner inhaltlichen und zeitlichen Umsetzbarkeit realistisches Finanzierungskonzept begegnet werden.

Ein gewaltiger Umbruch, der von den Beschäftigten in den Kliniken mitgetragen werden muss, weshalb gleichermaßen die Investition in unser Personal, die Entwicklung unseres Personals unverzichtbar ist.

Die Zukunftssicherung unserer LVR-HPH-Netze mag im Vergleich dazu unproblematisch erscheinen.

Ich möchte aber an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass es einen enormen Erfolg bedeutet, dass in den HPH'en die Rahmenzielvereinbarung I mit einer doppelt so hohen Veränderungs- bzw. Umwandlungsquote von stationär nach ambulant erfüllt wurde, wie dies in der Vereinbarung festgeschrieben war.

Dass die in Analogie zur Rahmenzielvereinbarung II zwischen den betroffenen Trägerdezernaten abgeschlossene Zielvereinbarung eine Umwandlungsquote beinhaltet, die deutlich über die mit der freien Wohlfahrtspflege vereinbarte Quote hinausgeht und – allem Anschein nach – auch zum Jahresende erfüllt werden kann, belegt den klaren Willen, diesen Weg weiter zu gehen.

An der Stelle ein herzliches Dankeschön an Ulli Lubek, die damit den politischen Willen in vorbildlicher Weise umgesetzt hat !

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die kommunale Finanzlage – vor allem die ab 2011 – ist eine Katastrophe.

Ohne Hilfe von Bund und Land werden weite Teile der kommunalen Familie pleite gehen, wird die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zur Farce.

Dies muss durch entsprechende überparteiliche Initiativen auf allen kommunalen Ebenen verhindert werden, sowohl der Bund als auch das Land müssen hier endlich ihrer Pflicht nachkommen, den von der Verfassung vorgeschriebenen Freiraum wieder herzustellen.

Für den LVR begrüßen wir die verwaltungsinterne Bildung der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung.

Um im Einvernehmen mit der Verwaltung zu sinnvollen und nachhaltigen Einsparungen bzw. Ausweitung der Einnahmen zu kommen, habe ich im Landschaftsausschuss die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Konsolidierung, besetzt durch Verwaltung und Politik, vorgeschlagen.

Zur Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe laden wir ausdrücklich alle Fraktionen ein!

Natürlich werden wir dem vorgelegten Haushaltsentwurf und der damit verbundenen moderaten Umlagesteigerung zustimmen. Alles andere ist kurzfristig, denn:

1. Fast alle Mitgliedskörperschaften zahlen absolut weniger als im Vorjahr, haben also eine echte Entlastung. Dies hatte für uns erste Priorität !
2. Die Erhöhung deckt noch nicht mal das zu erwartende Defizit ab.
3. Für den Fall der Nichtanhebung fehlen dem Haushalt 2011 schon allein weitere 40 Millionen Euro an Basis.

4. Fast alle Mitgliedskörperschaften haben ihren Haushalt 2010 bereits verabschiedet und die leichte Erhöhung längst eingeplant.

Verantwortlich handeln heißt hier, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen und 24 von 26 Mitgliedskörperschaften zu entlasten!

Liebe Frau Hötte, wie immer an dieser Stelle:  
Ihnen und Ihrem Team ganz herzlichen Dank für die Mühe und die Vorlage eines sehr gelungenen Haushaltsentwurfes.

Herzlichen Dank auch an den Landesdirektor, Harry Voigtsberger, für seinen immensen Einsatz im letzten Jahr beim unerfreulichen Thema WestLB.  
Es ist nicht zuletzt ihm zu verdanken, dass dem LVR größerer Schaden erspart blieb und damit der LVR auch weiterhin eine "Zukunft" hat, an deren Gestaltung sich die SPD-Fraktion wie bisher gerne aktiv und kreativ beteiligen wird, und zwar heute und jeden Tag auf's Neue, denn, so Herbert Knebel:  
"Jetzt is, wo früher inne Vergangenheit die Zukunft war."

Ich danke Ihnen !